

Abendausgabe und Einzelhefte
sind in der Morgenausgabe angeordnet
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

17. September 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Deutschland im neuen Rat.

Die erste Sitzung. — Echo der Ratswahl.

Genf, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Gestern nachmittag trat der neugewählte Völkerbundsrat zur ersten Sitzung zusammen. Erst fand eine vertrauliche Sitzung statt, in der sich der Rat konstituierte.

Die Tagung galt als der Beginn einer neuen Sitzungsperiode (der 42.). Deshalb hatte der Vorsitz gewechselt. Der Vorsitz geht nämlich die Reihe der Ratsmächte herum, in der Reihenfolge des französischen Alphabets. In der 41. Session stellte die Tschechoslowakei den Vorsitzenden. Hinter ihr wäre Deutschland (Allemagne) an der Reihe gewesen. Stresemann aber beantragte, Beneš den Vorsitz diesmal noch zu belassen. Er fühle sich noch zu neu als Ratsmitglied. Der Rat beschloß demgemäß, eine Ausnahme im Vorsitz zu machen. Dann wurden die aus Anlaß der Neuwahl notwendig gewordenen personellen Veränderungen in der vorbereiteten Abrüstungskommission beraten. Auf Antrag Benešs verbleiben die ausgeschiedenen Staaten Spanien, Brasilien, Schweden und Uruguay in der Kommission, in der im übrigen jede Ratsmacht und einige besonders eingeladenen Staaten vertreten sind. Sie zählt jetzt 21 Mitglieder, da Rusland weiterhin nicht erscheint. Schließlich nahm der Rat die ihm angebotene Spende einer Büste des verstorbenen Präsidenten Wilson an, die im Sekretariat aufgestellt wird.

In der öffentlichen Sitzung begrüßte Beneš Deutschland als neues ständiges Mitglied. Dann bewillkommnete er die neugewählten nichtständigen Mitglieder in ihrer Gesamtheit. Darauf begann die Beratung der Tagesordnung, die keine politisch bedeutungsvollen Punkte aufwies.

Im Jahre 1927 soll eine Konferenz stattfinden, um die Grundzüge der Hilfeleistung bei internationalen Katastrophen (Antrag Ciraco) auszuarbeiten. Die aus Anlaß des griechisch-bulgarischen Grenzkonfliktes geschaffene Stelle eines Grenzscheitrichters wurde auf Antrag der auf beiden Seiten befindlichen zwei schwedischen Obersten unbefristet gelassen. Die Danziger Anleihe kam noch nicht zur Verhandlung. Schließlich wurden noch Einzelheiten der armenischen Flüchtlingsfürsorge (Werk Rosen) und der Schulberichter über die muslimanische Fürsorge in Griechenland genehmigt.

Das Echo der Ratswahl.

Die englische Presse bezeichnet durchweg das Genfer Wahlergebnis als unerfreulich. Ganz rechts wird es als ein überwältigender Sieg der Franzosen und des lateinischen Blockes bezeichnet. Aber mit Recht wendet sich die Presse gegen die starke Vertretung südamerikanischer Staaten, die in den Völkerbund meist ihre Pariser Gesandten delegierten, die in europäischen Fragen dazu neigten, zuerst Pariser und dann Amerikaner zu sein. Schwedens Arbeit im Rate wird anerkannt und gebührend. Es habe ein Beispiel guten Europäertums gegeben. Gegen Chinas Wahl wird, ebenso wie von der britischen Völkerbundsdelegation,

entschieden Stellung genommen. China sei ein Staat ohne feste Zentralregierung, also auch die Genfer Delegation in der Hand des Generals, der gerade Peking besetzt halte. Hier spiegelt sich die kritische Sorge, daß Chinas Stellung in seinen fortgesetzten Konflikten mit England durch die Ratsmitgliedschaft gestört werde.

Die französische Presse ist sehr zufrieden. „Eines Franzosen müsse sich das tiefe Gefühl der Befriedigung bemächtigen, da nur vier Mitglieder als etwaige Gegner Frankreichs in Frage kämen: Deutschland, China, Holland und vielleicht Italien.“ Die polnische Presse ist ebenfalls befriedigt. Polen habe das Höchstmögliche zurzeit Erreichbaren errungen.

Die deutsche Rechtspresse ist jetzt auffallend still geworden. Ihre Berichterstatter verschweigen die kräftigen Töne, die Stresemann gegen sie in dem gestrigen deutschen Presseempfang gebraucht hat. Auch darüber, daß die deutsche Delegation für den polnischen Ratsitz gestimmt hat, lassen sie kaum ein Wort verlauten. Im übrigen beharren sie bei der Methode, alles, was in Genf geschieht, als einen deutschen Mißerfolg zu geißeln. Daß der Rat über die Annahme einer Spende für eine Wilson-Büste in der ersten Sitzung beraten hat, wird ebenso als Taktlosigkeit geißelt, wie der, sehr verständige, Verzicht Stresemanns auf den Ratsvorsitz schon in dieser Session als elende Schwäche bezeichnet wird. Nichts ist für diese Nationalisten mit ihrem Minderwertigkeitskomplex und ihrem blinden Parteihaf zu klein, als daß es nicht dazu dienen müßte, die Aufnahme Deutschlands in Genf zu verkleinern.

Die Folgen von Irlands Forderung in Genf.

London, 17. September. Irische Zeitungen befürchten, daß der Schritt des irischen Außenministers in Genf, einen nichtständigen Sitz zu verlangen, zu Schwierigkeiten innerhalb der Regierung führen könnte, da der Außenminister aus eigener Initiative gehandelt habe. Er sei vornehmlich gewesen. In der irischen Presse ist durch diesen Vorfall wieder die Frage der Stellung des irischen Freistaates innerhalb des englischen Weltreiches aufgeworfen worden.

Bei den Genfer Besprechungen der Kandidaturen für den Rat hatten sich die Delegierten des britischen Reiches — es ist mit sechs Stimmen im Völkerbunde vertreten — darauf geeinigt, daß grundsätzlich noch ein nichtständiger Sitz für eines der britischen Dominionen zu erstreben sei; von der Aufstellung einer Kandidatur wolle man lieber Absichtlosigkeit wegen zurzeit absehen. Diesem gemeinschaftlichen Beschluß entgegen hatte der irische Außenminister — Irland ist seit 1922 selbständiges britisches Dominion, seit 1923 Bundesvolk — die Kandidatur seines Staates für den neunten unständigen Sitz lanciert. Er erhielt aber nur vier Stimmen. Er hatte also keine Chancen sehr überschätzt und wird nun für seinen Mißerfolg um so mehr gelabelt, als er eigenmächtig und mit seinem Vorstoß wider die Solidarität des Weltreiches gehandelt hat.

Die energische Protest, den der französische Geschäftsträger in Rom im Auftrage seiner Regierung aus Anlaß der Zwischenfälle und täglichen Angriffe erhoben hat, denen mehrere französische Konsulate in Italien ausgesetzt waren, hat die italienische Regierung zu einer formellen Entschuldigung veranlaßt. Aber bereits 24 Stunden später nimmt die gesamte falschliche Presse Italiens ihre Hege gegen Frankreich wieder auf. Die italienischen Blätter betonen übereinstimmend, daß es jetzt um die italienisch-französische Freundschaft geht. Wie aus der italienischen Presse hervorgeht, ist die italienische Regierung der Ansicht, daß die französische Gesandtschaft eine genügende Handhabe bietet, die in Frankreich erscheinende Presse der italienischen Flüchtlinge zu zügeln oder zu verbieten. Auch könnte die französische Regierung Aufenthaltserlaubnisse für mißliebige gewordene Italiener zurückziehen. Die römische Presse fordert ganz offen, daß Frankreich nach dieser Richtung hin seinen guten Willen beweisen und den Wünschen Mussolinis entgegenkommen müsse, wenn das Verhältnis zwischen beiden Ländern nicht ernstlich getrübt werden sollte.

Attentat auf den japanischen Kronprinzen. Ein Zwischenfall auf der britischen Botschaft in Tokio.

Tokio, 17. September. (Reuter.) Den Zeitungen zufolge finden bei der Polizei Erhebungen über einen geheimnisvollen Zwischenfall statt, der sich bei einem zu Ehren des japanischen Kronprinzen und seiner Gemahlin gegebenen Frühstück auf der britischen Botschaft in Tokio ereignete. Ein Sohn des britischen Botschafters beobachtete während des Frühstückes einen Fremden auf der Veranda des Botschaftshotels; als er auf den Fremden zugeht, warf dieser einen Dolch nach ihm und ergriff dann die Flucht. Wie die Presse annimmt, handelt es sich um einen chinesischen Studenten, dessen Handlungsweise auf seine Feindschaft gegenüber England zurückzuführen ist.

Coolidge in Mexiko vorstellig. Die mexikanischen Räuber, die den New Yorker Kaufmann Rosendahl gefangen hatten, um ein Lösegeld zu erpressen, wurden vom Militär verfolgt. Auf der Flucht ermordeten sie ihren Gefangenen. Präsident Coolidge von Nordamerika hat von der mexikanischen Regierung die schärfste Bestrafung der Banditen gefordert.

Vom Nichts zum Recht.

Arbeitslosenschutz und Arbeitsmarktpolitik.

Von Franz Spliedt, Berlin.

Der Schutz der Arbeitslosen ist in der Sozialpolitik der jüngste Zweig, der sich gegen sehr viel größere Hemmungen durchsetzen mußte, als z. B. die Kranken- und Unfallversicherung. Stieß schon das Prinzip der Invaliden- und Altersversicherung (1889) auf die grundsätzliche Abneigung der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftstheoretiker, um wieviel mehr die Forderung nach einem solidarisch von der Allgemeinheit getragenen Schutz vor den Folgen der Arbeitslosigkeit. Das Individuum sollte sich sein Leben selbst verantwortlich zimmern. Niemand, am wenigsten der Staat dürfe ihm die Verantwortung für sich und seinen Lebensunterhalt abnehmen. Das war Fundamentalgesez des Kapitalismus. Kollektivismus, Gemeinschaftsverantwortung, vom Staat getragene Hilfe war „Sünde wider den heiligen Geist“. Darum für den Arbeitenden keine tarifvertragliche oder gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrages etwa hinsichtlich Lohn oder Arbeitszeit, sondern Einzelvertrag zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer. In dieses Vertragsverhältnis sollte nichts Drittes, weder Gesetz noch gewerkschaftliche Vereinigung hineinzutreten haben. Aus dem gleichen Grunde auch für den Arbeitslosen kein geregelter systematischer Schutz durch Versicherung oder Staat. Rechte der Arbeitslose hungernd von Tür zu Tür Arbeit suchen! Es gab weder ein Unterstützungsrecht noch bei der Arbeitsvermittlung eine klar durchdachte Arbeitsmarktpolitik. Kam es ganz schlimm, so mußte das „Armenamt“, wenn nicht gar das „Arbeitshaus“ vor dem Allergrößten schützen.

Es hat jahrelanger unermüdlicher Kämpfe bedurft, ehe endlich die erstarkende Arbeiterbewegung ihr hohes Ziel — Schutz dem Arbeitslosen — wenigstens dem Grundsatze nach und in einem auch heute noch nicht befriedigenden Umfange erreichen konnte. Die Vorkriegszeit konnte weder die allgemeine Erwerbslosensfürsorge noch eine wirtschaftlich vernünftig organisierte Arbeitsvermittlung. Der Unternehmer verzichtete auf eine auch für ihn zweckmäßige Arbeitsmarktpolitik, weil sie ein Zusammenarbeiten mit den verhassten Gewerkschaften bedeuten hätte. Er wollte die Arbeitsvermittlung in seiner Hand haben. Darum schuf er entweder seine einseitigen Unternehmernachweise, oder er zwang die Arbeitssuchenden, an seinem Fabrikator zu betteln. Damit wollte er zugleich den politisch oder gewerkschaftlich mißliebigen Arbeiter, den „Organisierten“, von dem er das Aufwiegen „seiner“ Arbeiter fürchtete, durch die eigene Arbeitsvermittlung von seinem Betriebe fernhalten.

Sobald die Gewerkschaften stark genug waren, schufen sie sich eigene Arbeitsnachweise oder zwangen die Unternehmer, gemeinsam geleitete paritätische Arbeitsnachweise anzuerkennen. Aber dieses gelang fast nur in den handwerklichen Berufen. Die Großindustrie mit ihren vielen ungelerten Arbeitern konnte sich gegen den Gewerkschaftsnachweis wehren; den gemeindlichen Nachweis ignorierte sie und baute eigene Nachweise, die zu sehr bösen Nachregelungsbureaus wurden. So mangelte es an einer für die Gesamtwirtschaft zweckmäßigen Arbeitsvermittlung, weil der Arbeitsnachweis selbst Kampfinstrument war.

Eine allgemeine unterstützende Fürsorge für den Arbeitslosen gab es noch viel weniger. Die Gewerkschaften hatten sie schon 1902 auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress gefordert. Aber man ging mit einem Miselzuden über diese Forderung hinweg. Unterstützung der Erwerbslosen bedeutete eben für Regierung und Unternehmer Revolutionierung aller Staats- und Gesellschaftsbegriffe, bedeutete Anerkennung „des Rechtes auf Faulheit“. Die Arbeiter würden überhaupt nicht mehr arbeiten! Eine solche Versicherung sei zudem weder finanziell noch technisch durchführbar, weil dieses Risiko keine Versicherung tragen könne. Dabei blieb es. Rechte der Arbeitslose sehen, wie er sich mit seinem gottgewollten Schicksal abfand. Zuletzt blieb, wenn das Geld gar zu sehr zum Himmel schrie, noch die Armenpflege.

Was der Staat als unmöglich verweigerte, hatten die Gewerkschaften inzwischen für ihre Mitglieder mit Mut und Energie selbst angepackt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde ein Zweig der gewerkschaftlichen Versicherung. Zunächst nur von einigen Gewerkschaften in bescheidenem Umfange aufgenommen, gewann sie sehr schnell große Bedeutung. Im Jahre 1891 wurden 200 000 Mark für arbeitslose Mitglieder verausgabt. Davon entfiel sogar der größere Teil, 144 000 M., auf die Reiseunterstützung. Ein Jahrzehnt später wurden schon fast zwei Millionen Mark ausgegeben und 1911 über sieben Millionen Mark. Im Jahre 1913 war diese Ausgabe bereits auf 14 Millionen und 1914 gar auf fast 25 Millionen Mark angewachsen. Die Tat der Gewerkschaften hatte bewiesen, daß versicherungstechnisch eine Unterstützung der Erwerbslosen sehr wohl möglich war. Trotzdem lehnten Regierung und Unternehmer die allgemeine Durchführung der Erwerbslosenunterstützung nach wie vor ab.

Erst die Nachkriegszeit hat Wandel geschaffen. Einmal durch die infolge der außerordentlich großen Not der Nachkriegszeit unabwendbar gewordene Notwendigkeit, einen durchgreifenden Schutz zu gewähren und zweitens durch den Druck der erstarkten Arbeiterbewegung. Die völlig veränderten Verhältnisse zwangen nicht nur, eine allgemeine unterstützende Erwerbslosensfürsorge anzuerkennen, sondern auch methodisch Arbeitsmarktpolitik zu treiben. Der Unternehmerarbeitsnachweis hörte auf, des-

Das Programm des Gemeindeforschusses.

Nichtöffentliche Vernehmung des Abgeordneten Jahnke.

Der Gemeindeforschuss des Preussischen Landtags nahm am Freitag vormittag zunächst den Bericht des Abg. Ruttner (Soz.) über die Sitzung entgegen, in der der Zeuge Schmidt über den Fall Jahnke und die Beziehungen des Abg. Jahnke zu den Gemeindeforschüssen vernommen worden war. Daran schloß sich die Vernehmung des deutschnationalen Abg. Jahnke, die gleichfalls in nichtöffentlicher Sitzung stattfand, gemäß einem Beschluß, der mit 11 gegen 4 Stimmen der Linksparteien gefaßt worden war.

Der Ausschuss beschloß, die Entscheidung darüber, welche Teile der Aussage des Zeugen Schmidt der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden sollen, am Dienstag, den 28. September, vormittags 11 Uhr, zu fällen. Vorher sollen auch die amtlichen Stellen Gelegenheit haben, die Betreibungen zur Kenntnis zu nehmen. Im Anschluß an diese Beschlußfassung des Ausschusses soll dann sofort die Verlesung des freigegebenen Teiles der Aussage des Zeugen Schmidt und auch der Aussage des deutschnationalen Abg. Jahnke in öffentlicher Sitzung erfolgen. Am 29. September sollen vier Zeugen über das Entweichen des Oberleutnants Schulz aus dem Hause des Landarbeiterverbandes vernommen werden. Hieran schließt sich am 30. September die Vernehmung des Majors Buchrucker. Voraussichtlich wird dann im Laufe der übernächsten Woche der Berichterstatter des Ausschusses an Hab der Älten einen Vorbericht über das Verfahren im Fememordprozeß Pannier erstatten.

Frankreich sichert seine italienische Grenze.

Militärische Vorsichtsmaßnahmen gegen den Faschismus.

Die Spannung zwischen Rom und Paris hat sich so erhöht, daß Frankreich, wie die „Vossische Zeitung“ sich aus Paris melden läßt, seine Grenztruppen verstärkt. In dem französischen Alpengebiet sollen nicht weniger als sechs Divisionen zusammengezogen sein, um eine scharfe Ueberschärfung des Grenzverkehrs durchzuführen. Auch die Armierung und die Artilleriebestände der Grenzfestungen an der französisch-italienischen Grenze sollen in den letzten Tagen wesentlich verstärkt worden sein. Der Zweck all dieser Maßnahmen sei lediglich die Sicher-

gleichem, abgesehen von den Nachweisen der Angestellten, der gewerkschaftliche Nachweis. An ihre Stelle trat nunmehr der wesentlich veränderte und ausgebaute gemeindliche Arbeitsnachweis. Er wurde zum öffentlichen Arbeitsnachweis, an dessen Führung Gewerkschaften und Unternehmerverbände paritätisch beteiligt sind. Damit hörte der Arbeitsnachweis auf, Kampfinstrument zu sein. Er begann, eine höchst bedeutende Einrichtung der Gesamtwirtschaft zu werden.

Aber sowohl der unterstützende wie auch der vorbeugende Arbeitslosenversicherung ist durchaus noch nicht gesichert. Wenn auch die Unternehmer angefaßt der öffentlichen Meinung nicht offen die Arbeitslosenunterstützung bekämpfen, so wirken doch immer noch die lohnpolitischen Erwägungen von früher nach. Gerade der Kampf um die Höhe der Unterstützung und um die Umbildung der derzeitigen Erwerbslosensfürsorge zu einer Arbeitslosenversicherung zeigen immer wieder die verhasste Gegnerschaft weiter Unternehmerkreise. Ebenso sind wir hinsichtlich einer methodischen Arbeitsmarktpolitik vielfach noch nicht über die bloße prinzipielle Anerkennung hinausgekommen. Wohl hat der Unternehmer seinen Arbeitsnachweis aufgehoben, aber viele Arbeitgeber verharren noch in der Ablehnung des öffentlichen Arbeitsnachweises; sie ziehen es immer noch vor, den Arbeiter zum Umschauen, zum Laufen von Tür zu Tür zu zwingen.

Um so größer ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Hat die Arbeiterbewegung das Prinzip der Unterstützung der Erwerbslosen durchgesetzt, so muß sie nun den Ausbau des Systems zu einem auch wirklich genügenden Schutz erzwingen. Weil methodische Arbeitsmarktpolitik und Systematik der Arbeitsvermittlung und des Arbeitsausgleichs unerlässliche Maßnahmen zum Schutz der Arbeitskraft sind, werden auch hier die Gewerkschaften alle Kraft einsetzen müssen, um eine befriedigende Lösung zu erzielen.

In welchem Maße die Gewerkschaften diese Aufgabe erfüllen können, hängt schließlich aber von der Masse der Arbeiter selbst ab. Gelingt es endlich, alle Arbeiter zu überzeugen, daß nur der feste Zusammenschluß aller in den Gewerkschaften zur Lösung dieser so tief in das Leben des Arbeiters eingreifenden Fragen führt, so wird sich diese Lösung sehr bald finden lassen. Verharren aber große Massen in Gleichgültigkeit, so wird der Weg um so länger und die Lösung um so weniger befriedigend sein.

Der Kommunistenkrach.

Sieben Thesen gegen siebenhundert Unterschriften.

Die Zentrale der KPD. hat am Donnerstag, den 16. September, über die Erklärung der Siebenhundert Beschluß gefaßt. Natürlich in Thesenform. Auf je 100 Unterschriften eine These. Der Inhalt ist matte Verteidigung gegen die vehementen Angriffe der Erklärung. Natürlich wagt die Zentrale nicht, auf die wahre Bedeutung und die geschichtliche Berechtigung des Kurswechsels der ruffischen Partei und Regierung zu pochen. Sie will den neuen Kurs mit der alten Ideologie decken. Also steht in jeder der sieben Thesen: die Siebenhundert sind Menschewisten und Sozialdemokraten.

These 1: Die revolutionäre Welle steigt, die Konterrevolution kommt, Silberberg und Beipart vor den Toren — gerade in einem solchen Moment! Ist Geschlossenheit das oberste Gebot.

These 2: Die Opposition will spalten.

These 3: Die Opposition will wirklich spalten.

These 4: Die Opposition besteht aus Antibolschewisten und Kautskyanern.

These 5: Die Opposition ist mit dem „Vorwärts“ im Bunde.

These 6: Wir werden von den 700 Unterschriften 100 abhandeln.

Zeitsatirische Revue?

Die Revueindustrie konsolidiert sich allmählich. Jedes Revue-theater bewahrt sich — wir wollen nicht sagen eine eigene Note, was mißverständlich und übertrieben wäre —, seinen eigenen Stil. Die fünfte, die Metropoltheater-Revue, heißt „Wieder Metropol!“ und übernimmt mit dem Titel allerdings Verbindlichkeiten. Vor Jahren — es war damals noch eine Theaterzensur, so lange ist das her — war das Metropoltheater das einzige, das sich eine Revue leistete. Schon damals gab es jenseitige Effekte, phantastische Kostüme, enthüllte Mädchen, aktuelle Couplets und gemütvollte Schmachtstübe. Und der Aufwand an Prunk und Glanz hatte seine Berechtigung: es war eine Jahresrevue, ein Bild der Zeit, zwar in einem verschönderten und unwahrscheinlich glänzenden Spiegel gesehen, aber doch eine Abrechnung mit der Gegenwart, wie sie schon vor Aristophanes beliebt und beliebt war.

Für Julius Freund, den schmissigen Sagenworthistoriker, den Entschlafenen und oft — auch hier von mir — Vermissten, für diesen Einzigen ist ein ganzes Kollegium eingetreten: C. R. Roellinghoff, Artur Rebner, Willi Hagen, Jertelt, Alberts und andere. Sie haben — und das ist gut so — alles auf Parodie gestellt und die großen Dummheiten der Welt und die Schwächen von Klein-Berlin zu einem Ultraquart verarbeitet, Kolonial- und Raugummisuche, Boxsportfieber, Weefend, Wanderschritt, Sirefemann, Coué, literarisch bebrüllte Matinees, Brandenburger Tor in der Holzstraße, so was alles kriegt einen lebenswichtigen Seitenhieb ab. Die Revue nimmt sich selbst nicht ernst, sie spielt ins Parkett hinüber, plötzlicher Krach im Zuschauerraum, Schnupf, Wigwags fliegen her und hin, die Stimmung wird aufgefracht. Max Hansens, des schüchternen Komikers, Dialog mit der „Zeit“, der schönen Port Leuz, ist ein sprühendes Wortgeplänkel, eine hastige Wilschacht mit überraschenden Treffern (Roellinghoff sei Dank dafür). Auch in der Metropol-Revue ist der Versuch gemacht, die Schau in ein Leitmotiv einzuordnen: im Anfang eine Szene aus der Oper „Don Juan“, und dann besteht Hans Alberts als Don Juan II. allerlei Abenteuer. Vieles ist prächtig und manches langweilig. Eine Augenweide das futuristische Ballett von Professor Schlemmer, veridant eine historische Schau der Tänze, reizvoll eine mystische Szene in opalisierenden Farben „Das Haus der Witte“, zum Deutschen komisch Hans Alberts und Max Hansens als abgehobene Gentleman, ein famoser Bierull der Prolog des Wladimir Solodoff, der nie zu Ende kommt. Alles in allem gibt das wohl eine herrliche Pracht, aber noch keine Zeitsatire. Mehr Aktualität muß die Parodie des Metropoltheaters werden.

Was aber großartig klappert, sind die Tänze, die Solo- und die Ensemblesnummern. Eine so temperamentvolle Einstudierung wie die des Londoner Schuilen ist noch nicht dagewesen. Seine Girls können sich mit den Tiller-Girls — oft kopiert, nie erreicht! — getrost messen.

Und in noch einem kommt der beschwingte Rhythmus unserer Zeit famos heraus, in der Musik von Hugo Hirsch. Schon in der Ouverture hört man, wo er hinaus will. Er verzichtet auf große Motive, der Musik fehlt die schmachthafte Operettenlinie, dafür aber hämmert sich ein unerhörter Jazzrhythmus ein. Die Instrumen-

These 7: Aber wir werden uns mit allen politischen und organisatorischen Mitteln gegen Urbahns und Scholem wehren, und — der Parteitag wird sie hinauswerfen.

Eine schwächliche Antwort, diese Thesen, weil sie nicht wagen, die Wahrheit offen zu sagen. Man sieht am Inhalt und am Stil, daß sie eigenes deutsches Fabrikat der KPD-Zentrale sind, und nicht die übliche Kominternprägung. Man fühlt die Schwäche: die Zentrale will nur zwei Führer von 700 Rebellen köpfen, aber sie wagt es nicht, die Exekution selbst zu vollziehen. Der Parteitag soll Urbahns und Scholem ausschließen — die anderen wollen sie aus Furcht vor zu großem Blutverlust behalten.

Eine ernste Zukunftsfrage.

Das politische Glaubensbekenntnis der Lehrer an den höheren Lehranstalten.

Wir finden in Nummer 33 des „Deutschen Philologenblattes“, des offiziellen Organs der deutschen Philologenschaft, d. h. der Studienräte an den höheren Schulen Deutschlands, einen Artikel mit der Überschrift: „Entpolitisierung?“ Darin findet sich eine interessante Zusammenstellung über die Parteizugehörigkeit der deutschen Philologen. Ein genauer Nachweis — so heißt es dort — sei nicht zu erbringen, aber:

„Wohl aber dürfte es interessieren, was 500 Kollegen, deren besondere Betätigung im öffentlichen Leben bekannt ist, über ihre Parteizugehörigkeit sagen. Von ihnen gehören — nach der Stärke der einzelnen Gruppen aufgeführt — zur

Deutschen Volkspartei: 152,
Deutschnationalen Volkspartei: 139,
Zentrumspartei: 93,
Demokratischen Partei: 55,
Sozialdemokratie: 19,
zu verschiedenen Parteigruppen: 25.“

Aus diesen Zahlen wird gefolgert, daß nun doch eigentlich bewiesen sei, in welchem Umfange die verschiedenen Parteien im höheren Lehrerstand vertreten seien und daß es nun also Zeit wäre, mit der Entpolitisierung zu beginnen, um so mehr, als wahrscheinlich von der einen oder anderen Seite der Versuch gemacht werden könne, aus solchen Zahlen eine gewisse parteipolitische Tendenz herauszulesen.

Wir lesen diese Tendenz allerdings heraus und möchten die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, einmal ein wenig tiefer in die politische Zusammenfassung des höheren Lehrstandes hineinzusehen. Jeder, der die Verhältnisse aus engstem beruflichen Zusammenwirken kennt, weiß, daß der höhere Lehrstand ein Hort der Reaktion ist. Man hat sich scheinbar äußerlich mit der Tatsache der deutschen Republik abgefunden, aber in Wirklichkeit träumt man von den vergangenen glorreichen Zeiten, die ja dem Philologen, der meist Referent war, einen ganz anderen Nimbus geben, als er heute besitzt. Von den vielen häßlichen Seitenhieben auf die Republik, die im Unterricht immer wieder fallen, erfährt die Öffentlichkeit naturgemäß wenig, weil die meisten Eltern aus Rücksicht auf die Folgen für ihre Kinder davon absehen, derartige Bemerkungen zur Anzeige zu bringen. Was soll sich etwa ein moderner Junge denken — und dieser Fall hat sich tatsächlich an einer höheren Lehranstalt ereignet —, wenn ihm immer wieder das Herrenhaus als die Krone politischer Weisheit im Unterricht dargestellt wird? Es ist ja nicht zu leugnen, daß die Geschichtsbücher in der letzten Zeit eine gewisse Verbesserung erfahren haben, aber die Ethik des Nachstaates wird in ihnen noch immer gepriesen, und die meisten von ihnen legt der Schüler mit dem Empfinden bei, daß doch eigentlich die früheren Zeiten die einzig herrlichen gewesen seien.

Wenn wir also der Entpolitisierung, die die Männer um das Philologenblatt anstreben, zustimmen, dann bedeutet das, daß republikanisch gesinnte Lehrer überhaupt nicht mehr in die Laufbahn hineinkommen. Entpolitisierung heißt ja im Grunde nichts anderes, wie eine Domäne der Rechtsparteien schaffen. Bei der Deutschnationalen Volkspartei sind immerhin noch die Charaktervollen geblieben, während zur Deutschen Volkspartei die herübergewechselt sind, die mit der Republik noch Beförderungsgeschäfte machen wollten.

Im Interesse des heranwachsenden Geschlechtes muß mit allem Nachdruck gefordert werden, daß Männer, die auf republikanischem Standpunkt stehen — mindestens im gleichen Maße — weiß Gott, in einer Republik bescheiden genug — in die Laufbahn des Lehrers an höheren Schulen hineinkommen, wie die ausgesprochenen Anhänger der Monarchie. Soll die Jugend und damit die Zukunft Deutschlands durchaus Männern ausgeliefert werden, die lebhaft aus Angst um ihre wirtschaftliche Existenz den äußeren Frieden mit der Republik gemacht haben?

Frankreichs Türkei-Konflikt.

Protest der Marceller Seeleute-Organisationen.

Paris, 17. September. (Eigener Drahtbericht. Die Führer der Syndikate der Seeleute, Schiffskapitäne, Dock- und Werftarbeiter in Marseille sind am Donnerstag abend zu einer Sitzung zusammengetreten und haben ein gemeinsames von allen Führern unterzeichnetes Telegramm an Poincaré gerichtet, in dem sie ihrer peinlichen Ueberraschung über die Untätigkeit der Regierung in der Frage des Dampfers „Lotus“ zum Ausdruck geben. Sie betonen, daß die ganzen Kreise der Seeleute in Ungebuld energische Schritte der Regierung der Türkei gegenüber erwarten.

Am Freitag abend wird eine große Vollversammlung der verschiedenen Syndikate und Gewerkschaften stattfinden, welche beschließen soll, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Freilassung und Entschädigung für den verhafteten Schiffskapitän durchzusetzen.

Türkische Note an Frankreich.

Paris, 16. September. (W.B.) Haas meldet aus Genf: Wie man erfährt, hat der türkische Botschafter in Paris dem französischen Minister des Aeußeren eine sehr höflich gehaltene Note zugehen lassen, in der sich die türkische Regierung dagegen verwarft, sich im geringsten in die Gerichtsverhandlung, die zur Beurteilung des Leutnants Demons geführt habe, eingemischt zu haben. Die türkische Regierung weist darauf hin, daß die Freilassung des Leutnants erfolgt ist, ehe das Verlangen der französischen Regierung auf Freilassung eingegangen war. Die Türkei erklärt, auf die Freundschaft Frankreichs den größten Wert zu legen. Ein türkischer Delegierter habe bereits Konstantinopel verlassen und sich nach dem Haag begeben, wo die Affäre dem Schiedsgericht vorgelegt werden soll.

Berufung eingelegt.

Angora, 17. September. (W.B.) Der französische Leutnant Demons vom Dampfer „Lotus“ und der türkische Kapitän Hassan vom „Bozocourt“, der zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, legten beim Kassationshof gegen das Urteil des Strafgerichtshofs Berufung ein. Leutnant Demons bleibt bis zur Entscheidung des Kassationshofes in Freiheit.

Discussion über Eupen-Malmédy verboten. Im Stadtrat von Eupen hatte der sozialistische Stadtoberordnete Wersum den Antrag gestellt, die Frage einer Rückgabe Eupen-Malmédy an Deutschland und einer neuen Volksabstimmung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Der Ministerpräsident Gaspar hat darauf den Magistrat darauf hingewiesen, daß eine Verhandlung dieser Art nicht zur Zuständigkeit des Stadtrates gehöre. Die Zulassung einer Debatte über diese Angelegenheit würde eine schwere, auf dem Disziplinarwege zu ahnende, Pflichtverletzung des Vorsitzenden darstellen.

Auf Grund des Koblenzer Abkommens begnadigt wurden der vor einiger Zeit vom französischen Kriegsgericht verurteilte Obermusikmeister a. D. Rausch und der Justizbureauassistent Baupfisch. Sie waren wegen der Vorgänge in der Festhalle am Abend des 13. Juli, der erste mit drei Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe und der zweite mit 500 Mark Geldstrafe, bestraft worden.

Amisenshebung eifriger Bürgermeister. Nach der vor 14 Tagen erfolgten Amisenshebung des Bürgermeisters Dingler von Erchingen hat jetzt der Mayor Präsekt die Bürgermeister von Amneville sowie die beiden Beigeordneten der Gemeinde Niederjeu auf die Dauer eines Monats ihrer Ämter enthoben — alles wegen nicht genügender Bekämpfung der Autonomiedemegung.

tation ist ganz auf Amerika eingestellt. Es gibt da sonderbare Geräusche, die aus dem Soufaphon, aus eigenartigem Schlagzeug und aus dem Marimbo klingen. Und die Couplets atmen ebenfalls den klopelnden Jazzrhythmus, und zwar nur in der Instrumentation, nicht im gelungenen Lied. Das alles ergibt die Symphonie der aufgeregten Großstadt.

Hans Alberts, Paul Westemeier und vor allem Max Hansen sorgen für pitante Lustigkeit, Port Leuz, deren Stimme gesiebt nicht ganz auf der Höhe war, für Augenweide, Max Rehman für prächtige Dekoration und die ganze Revue für gute Laune. Aber einen Rat möchte ich dem Regisseur Friß Friedmann-Frederich geben. Stelle er den zweiten Teil an den Anfang und den viel lustigeren ersten an den Schluß. So was kann man in einer Revue machen, ohne daß der Sinn wesentlich geändert wird.

Ernst Degner.

Reichsgesundheitsamt und Quecksilbervergiftungen durch Zahnplomben. Das Reichsgesundheitsamt ist mit der weiteren Verfolgung der Frage befaßt worden, die Prof. Stock, der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, aufgeworfen hat: ob auch die Quecksilbervergiftungen, die, wie besonders das Kupferamalgam, in der zahnärztlichen Praxis verwendet werden, als Ursache von Quecksilbervergiftungen gelten können. Stock hat ein Bestimmungungsverfahren ausgearbeitet, um auch kleinste Spuren von Quecksilber im Harn und Speichel des Erkrankten zu finden. Seine Mitteilungen sind bekanntlich, soweit an sie verallgemeinernde Schlüsse gefaßt werden, bei Ärzten und Zahnärzten nicht unwillkommen geblieben. Die Bedeutung, welche der Frage immerhin für das allgemeine Volkswohl zukommt, gebietet tüchtigste Klärung. Das Reichsgesundheitsamt erucht daher Zahnärzte und Ärzte um Unterstützung. Sie werden aufgefordert, von bezüglichen Krankheitsfällen zu berichten, bei denen die Diagnose auf subakute oder chronische Quecksilbervergiftung aus den von Stock genannten, in der Praxis bisher noch nicht geläufigen Symptomen (Müdigkeit, Gedächtnisschwäche, leichte Benommenheit, Verlust der Lebensfreude, Unrast und Kopfschmerzen, ferner katarrhalische Beschwerden der Nase und des Rchltopfes) bei gleichzeitiger Quecksilbervergiftung im Harn oder Speichel zu stellen ist. Bei der Schwierigkeit, das Quecksilber in Hunderstelten oder Tausendstel eines Milligramm in Flüssigkeiten wie Harn oder Speichel zu bestimmen, werden nur erfahrene Chemiker mit der Vornahme der Quecksilberuntersuchung zu betrauen sein. Für den Fall der einwandfreien klinischen und chemischen Feststellung einer solchen Vergiftung würden die Amalgampflomben zu entfernen sein, wobei besondere Vorsicht zu beobachten wäre wie Arbeiten unter dauernder Spülung oder Absaugung der ausgebohrten Amalgamteilchen.

Im Diamantenkauf. Paris hat eine neue Diamantenbörse erhalten, auf der täglich Edelsteine im Werte von Millionen den Besitzer wechseln und wo alle wichtigen Verkäufe von Edelsteinen stattfinden. Der Wunsch nach Sachwerten in der Inflationszeit ließ diesen merkwürdigen Schauplatz entstehen, der sich in einem Hofe und einem angrenzenden Kaffee in der Rue Cadet entwickelt hat. Die Bereinigung der französischen Diamantenhändler hat ihr Bureau in dem Gebäude, in dem sich Hof und Kaffee befinden, und in den Stahlkammern werden hier Riesenschätze aufbewahrt. Die wertvollsten

Juwelen werden auf dem Hofe auf kleinen hölzernen Tischen ausgestellt und besichtigt. Der Hauptmarkt vollzieht sich aber in dem Kaffee selbst, und auf den Marmorischen zwischen Kaffeetischen und Biergläsern häufen sich zusammengestellte Paketen in Fließpapier, deren glänzender Inhalt von Hand zu Hand geht. Russen und Chinesen drängen sich hier mit Indern, Perlern und Sevantienern aus jedem Hafen zwischen Soloniki und Alexandria. Ein außerordentliches Vertrauen scheint unter dieser zusammengewürfelten Menge zu herrschen, und Steine im Wert von Hunderttausenden gehen von einer Hand in die andere ohne alle Vorfluchtsmaßregeln, werden ohne jede Quittung verkauft. Aber selten mißbraucht ein Juwelenhändler das Vertrauen des anderen, will er weiß, daß seine ganze Stellung darauf beruht. In dem Kaffee befinden sich große gedruckte Tafeln in drei Sprachen, die fordern, daß nur Juwelenhändler an den Tischen sitzen und daß keine Gespräche über Politik und Religion geführt werden. Tagtäglich aber mischen sich Detektive unter diesen Kreis, nicht deshalb, um die Händler selbst zu beobachten, sondern um Listen mit gestohlenen Schmuckstücken zu bringen, die den Händlern unter die Finger kommen können und auf die sie aufmerksam gemacht werden.

Das Sonnenlicht als Wollzerstörer. Der schädliche Einfluß der Sonne auf Stoffe wurde bisher hauptsächlich im Ausbleichen, der allmählichen Vernichtung der Farbe, erblickt. Nun war aber bereits im Jahre 1919 in einer Arbeit von A. Kertsch in Mainz auf den zerstörenden Einfluß hingewiesen worden, den das Sonnenlicht auf die Wollstoffe selbst ausübt. Nach dieser Richtung hat in jüngster Zeit das Materialprüfungsamt Berlin-Lichterfelde Untersuchungen angestellt und zu diesem Zweck Wollstoffe verschiedener Material- und Webeart auf dem Dach der Sternwarte in Neubabelsberg neun bis zwölf Monate lang den atmosphärischen Einflüssen ausgesetzt. Dabei wurde, wie die Chemiker-Zeitung mittelt, in der Tat unter dem Einfluß des Lichts ein Abbau der Wollsubstanz festgestellt, der nach einem halben Jahr zu einem fast vollständigen Schwund der Wolldecke führte.

Für die Wohlfahrts-Affion der Bühnengenossenschaft im Kaufhaus des Westens hat die Firma Jaden der Bühnengenossenschaft 10 000 Lucie-Toraine-Zigaretten gespendet, die von der Kassierin persönlich mit Max Hansen zum Besten der Wohlfahrtsaffion im Kaufhaus am 20. nachmittags von 4—6 Uhr verkauft werden. Gien Richter und Erik Wirt haben auch noch ihre Mitwirkung zugelegt.

Käthe Kolwitz, deren Waderungen und Bildgraphien gegenwärtig mit viel Erfolg in Holland gezeigt werden, hat jetzt auch in Rotterdam eine Ausstellung.

Die jüngste Untergrundbahn. Mit der Eröffnung einer neuen Strecke der Londoner Untergrundbahn von Clapham Common nach Norden ist diese zur längsten Untergrundbahn der Welt geworden; sie reicht sich von Clapham Common bis Norden im Süden über eine Strecke von fast 35 Kilometern aus. Die unterirdisch geführte Strecke beträgt fast auf 26 1/2 Kilometer, während der übrige Teil oberirdisch verläuft. Die Kosten des Baues dieser neuen Linie belaufen sich pro englische Meile auf 17 Millionen Mark.

Kein „Jüdisch“ mehr in Dänemark. Der dänischen Frauenbewegung ist es gelungen, die Regierung zu einer Verfügung zu veranlassen, nach der künftig alle weiblichen Personen auf allen öffentlichen Dokumenten als Frau zu bezeichnen sind.

Mordprozeß Schröder in Magdeburg.

Die Kriminalbeamten als Zeugen.

B. S. Magdeburg, 17. September.

Der Angeklagte ist von der gestrigen Verhandlung sichtlich mitgenommen. Er erscheint heute bleich und im Gegensatz zum Prozeßbeginn sehr ernst, nimmt ruhig inmitten der Polizeibeamten Platz, nur hin und wieder mustert er die auf der Zeugenbank stehende Hildegard Göhe, die jedoch ostentativ den Kopf wegdreht, sobald Schröder einen Blick von ihr zu erhaschen sucht.

Zu Beginn der Verhandlung wurde heute

Kriminalkommissar Dr. Riemann-Berlin

über seine Auffklärungsarbeit bei dieser Mordsache vernommen. Er schilderte, daß bei seinem Eintreffen in Magdeburg die Leiche bereits gefunden und auch die Mordwaffe Schröders festgestellt war. Er beschlagnahmte nun zunächst das gesamte schriftliche Material in Schröders Schreibtisch in Groß-Rottmersleben und machte dabei einen sehr wichtigen Fund. Er entdeckte nämlich zwei Briefe vom 15. und 16. September 1923, aus denen die Beamten mit Gewißheit entnehmen, daß Schröder der Mörder sei. Aus den Briefen, so erklärte der Zeuge, ging für uns mit absoluter Sicherheit hervor, daß Schröder die Tat begangen habe, denn es heißt dort an einer Stelle: „Ich sehe hier in demselben Sessel, wo Mutter . . . und wo auch . . .“ In einem zweiten Brief fand sich die Stelle: „Ich habe es damals nur getan, um uns hochzuhelfen.“ Aus diesem Brief ergab sich ferner, daß ein anderer Täter nicht in Frage kommen konnte, weiterhin, daß die Hildegard Göhe um den Mord willen suchte. Wir fuhren nach Köln und verhafteten das Mädchen. Bei einer Hausdurchsuchung fanden wir bei ihr alle Briefe Schröders.

In gefährlicher Harmlosigkeit hatte sie die Schreiben aufbewahrt, obwohl Schröder fast in jedem Anspielungen auf den Mord machte.

Wir fuhren mit der Göhe nach Magdeburg, und unterwegs gewann sie soviel Vertrauen zu uns, daß sie in Hannover mit der Leiche begann. Bei unserer Ankunft in Magdeburg vernahmen wir sie noch am gleichen Abend bis 4 Uhr früh. Dann fuhren wir drei Stunden später nach Groß-Rottmersleben und durchsuchten ferner in Magdeburg die Wohnung der Schwester des Schröder, der Frau Harbe, wo wir den Chauffeur anzog fanden. Im Polizeipräsidium Magdeburg bauten wir dann mit den Möbeln Schröders sein Wohnzimmer wieder auf. Nun fehlte uns nur noch das Geständnis Schröders selbst. Untersuchungsrichter Kölling gab uns am Abend des Tages Schröder zur Vernehmung frei, und ich ließ ihn nun in sein rekonstruiertes Wohnzimmer führen. Beim Eintritt stieg er, und

als er hörte, daß wir Berliner Beamte seien, wurde er sehr barsch und erklärte, er verhandele nur mit Magdeburger Beamten.

Erst als ich ihm sagte, ich hätte die Hilde aus Köln geholt und sie hätte alles gestanden, hörte er auf, glaubte aber meinen Worten noch nicht. Er sagte erst, ich solle doch das Rädel in Ruhe lassen, denn sie habe mit der ganzen Sache nichts zu tun. Da ließ ich dann die Göhe vorführen. Schröder sah, daß es ernst geworden war. Er ging auf das Mädchen zu und sagte: „Was hast du getan, jetzt hast du dich ja der Mittäterschaft schuldig gemacht.“ Und dann bat er mich erst um die Vernehmung, er wolle gesehen. Ich vernahm ihn bis sieben Uhr morgens und setzte auch einige Stunden später das Verhör fort, bei dem er dann der Wahrheit volle Ehre gab. — Vorl.: Haben Sie Schröder auch darüber gehört, ob er einen Herrn, der im Auto sah, in Groß-Rottmersleben empfangen habe und noch andere Personen an dem Mord beteiligt seien? — Zeuge: Gewiß, es stellte sich heraus, daß ein Herr Hjh, bei dem sich Schröder um eine Stellung beworben hatte, ihn im Auto in Groß-Rottmersleben besucht habe. Was dagegen die Beteiligung dritter an dem Mord betrifft,

erklärte uns Schröder immer wieder, daß er allein der Mörder sei.

Er gebrauchte dabei die für ihn sehr charakteristische Redewendung: „Diese Tat ist mein geistiges Produkt.“ Wir stellten dann fest, daß seine Braut jedoch am Transport der Leiche im Zimmer geholfen hat. — Vorl.: Hat Ihnen Schröder nicht gesagt, aus welchem Grunde er bestimmte Personen in diese Sache hineingezogen hat? — Zeuge: Er deutete an, daß er bei der Vernehmung aus der Fragestellung einiger Herren die Namen habe erkennen können, die er dann später genannt habe. Er sagte mir, daß er wie der Exzitierende nach dem rettenden Strohhalm gegriffen habe. — Vorl.: Er hat ja auch einmal bei einer späteren Vernehmung direkt gesagt, er habe die anderen Leute nicht in die Sache hineingezogen.

Der Zeuge gab weiter an, daß die Göhe ihm sofort auch den Verbleib des Fahrrades mitgeteilt hätte. Nach den Tagebüchern Schröders habe auch er bei der Schwester des Angeklagten vergeblich geforscht. Schröder habe allerdings betont, daß er die Tagebücher nicht bis in die Zeit des Mordes geführt hätte. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Dr. Riemann, daß er in keiner Weise einen Druck auf Schröder ausgeübt habe. Dieser hätte sein Geständnis bereits abgelegt, als die verräterische Zeitungsannonce noch gar nicht in den Händen der Polizei war. Auf Befragen der Verteidigung erklärte der Zeuge weiter, daß ihm die Vorgeschichte dieses Falles nur aus der Presse bekannt gewesen sei. Allen habe er in Magdeburg nicht bekommen.

Angell.: Herr Doktor, wissen Sie nicht, wo mein

kleines Couleurbuch mit den Trinksprüchen

geblieben ist? — Vorl.: Weßhalb legen Sie denn Wert darauf? — Angell.: Es enthält Beziehungen auf mein Segnalbeben. — Zeuge: Ich erinnere mich nicht, Schröder hat ja so viel geschrieben. — Der Angeklagte legte dann weiter dar, daß angeblich verschiedene beschlagnahmte Schriftstücke verschwunden seien. Ferner bestritt er eine Feststellung des Polizeiprotokolls, wonach er beim Verhöre erklärt habe: „Ich unternehme etwas, und wenn einer dabei stören geht.“ Heute suchte er es so darzustellen, als ob er gesagt habe: „Und wenn ich dabei stören geht.“ Dr. Riemann hielt dagegen an dem Wortlaut des Protokolls fest.

Angell.: Jedenfalls sind die Tagebücher und andere Schriftstücke verschwunden. Die Tagebücher haben zwar nicht Bezug auf die Schuldfrage, aber sie sind wichtig für die Sachverständigen.

Schröder hat dann noch, daß er in der Pause vielleicht dabei sein dürfe, wenn der an Gerichtsstelle befindliche Reifebord von den Kriminalbeamten auf das Vorhandensein des Couleurbuches untersucht werde, er müsse doch selbst am besten in seinen Sachen Bescheid wissen. Der Vorsitzende sagte ihm auch die Erfüllung dieses Wunsches zu, betonte aber, daß er noch dem gestrigen vollen Geständnis nicht ganz verstehen könne, was Schröder mit diesem Buch noch bezwecke. — Vorl.: Ist auf Schröder irgendein Druck ausgeübt worden? — Zeuge: Keineswegs. Er hat wiederholt selbst darum gebittet, doch vernommen zu werden. Er sagte, er habe das Pendeln reichlich satt. Aber er wollte von den Magdeburger Herren nicht mehr vernommen werden. Wir waren der festen Überzeugung, daß er uns die volle Wahrheit sagte. — Angell.: Zu Herrn Dr. Riemann hatte ich großes Vertrauen, da ich sah, daß die Herren objektiv vorgehen.

Ich hatte das Theater bis oben hin satt.

Ferner wollte ich verhindern, daß noch andere Beamten die Sache in die Hand bekämen. Die folgende Zeugin, Frau Hoyer, die die Vernehmung Schröders durch den Kommissar protokolliert hat, erklärt auf Befragen, daß irgendein Druck auf den Angeklagten nicht ausgeübt worden sei. — Angell.: Ich erkläre nochmals: Niemand hat auf mich einen Druck ausgeübt. Ich habe die ganze Geschichte, bis die Berliner Beamten mich durchsuchten, ja nur gemacht, um meine Braut zu retten. — Dann wurde der in der Voruntersuchung sehr häufig genannte Seher Karl Fischer vernommen, den Schröder im Anfang belastet hatte. Fischer war der Vorsitzende der „Alliania“ und schilderte, daß er den Angeklagten nur flüchtig kennengelernt und mit ihm so gut wie gar nicht verkehrt habe. — Vorl.: Haben Sie Schröder falsche Stempel oder das sogenannte Doktordiplom besorgt? — Zeuge: Weder das eine noch das andere, denn glücklicherweise gab es in den Sehereien, wo ich tätig gewesen bin, einen derartigen Stempel, wie er bei dem Diplom verwendet ist, überhaupt nicht. — Vorl.: Wie erklären Sie es sich dann, daß Schröder Sie in die Mordsache hineingezogen hat? — Zeuge: Weil es das Bequemste für ihn war. Ich bin Seher, also war es doch das Einfachste für ihn, zu behaupten, der Fischer habe ihm die falschen Dokumente usw. besorgt. — Der Angeklagte Schröder stellte hierauf einen Beweisantrag, der dahin ging, daß er eines Tages zusammen mit seiner Braut den Fischer vor dem Arbeitsnachweis getroffen und dort von ihm ein Paket erhalten habe. Dieser Beweisantrag sollte dazu dienen, den Angeklagten von der Anklage der Verteilung zum Meineid zu reinigen. Fischer bestritt energisch, jemals dem Angeklagten ein Paket gegeben zu haben. — Oberstaatsanwalt Rasmus: Hat Schröder sich im allgemeinen bei Ihrer Verbindung albern benommen oder tödlich gehandelt oder war er ein überlegter Mensch? — Zeuge: Das nicht, lediglich

ein kleiner Gernegroß.

Oberstaatsanwalt: Sie, Herr Zeuge, hatten in der Verbindung doch den Kneipnamen „Lomnie“, wie hieß den Schröder? — Zeuge: Amor. (Große Heiterkeit im ganzen Saal.)

Unterschlagungen beim Berliner Magistrat. 109 000 oder 300 000 Mark?

Durch einen Teil der heutigen Morgenpresse ging die Meldung, daß durch ein Disziplinarverfahren gegen zwei Beamte eine Unterschlagung, die, wie bisher festgestellt, 109 000 Mark betragen soll, aufgedeckt worden ist.

Die städtischen Körperschaften haben in der Fröbelstraße zur Hebung der Bauaktivität eine Schlackensteinwerke A.-G. gegründet. Diese Werke sollten vor allem dazu dienen, Müll und sonstige Abfälle zu verbrennen und aus der gewonnenen Schlacke Ziegelsteine herzustellen. Diese Schlackensteine sollten zum Bau von Siedlungs- und Wohnungsbauten verwendet werden. Durch die Materialprüfungskommission wurden jedoch diese Steine nur für Kleinbauten zugelassen. Durch diese Einschränkung ging der Betrieb wesentlich zurück, und nun sollen der Direktor dieser Werke Schaub und der Buchhalter Vork mit den ihnen anvertrauten Geldern dunkle Geldgeschäfte gemacht haben. Da die Kontrollen in den Werken von Seiten des Magistrats ungenügend waren, kamen diese Geschäfte nicht zur Kenntnis der oberen Stellen. So hatten die beiden Beamten Wechsel in Zahlung genommen, für die keine Deckung vorhanden war. Als die Oberrechnungskammer in den Bücherprüfungen ermittelte, wurde eine genaue Revision der Bücher vorgenommen. Darauf wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Schaden, der bisher festgestellt wurde, beläuft sich auf 109 000 Mark. Es wird aber auch eine weit höhere Summe, 300 000 Mark, genannt. Schaub soll auf eigene Faust eine Ziegelfabrik gekauft haben. Von einer Zahlung von über 13 000 Mark sollen nur 3000 Mark in die Bücher eingetragen sein. Das „Berliner Tageblatt“ erhebt gegen den Magistrat den Vorwurf, daß die Kontrolle mangelhaft und vollständig ungenügend gewesen sein soll, sonst hätten die plumpen Fälschungen schon längst aufgedeckt sein müssen. Von einer Verhaftung der beiden Beamten soll noch Abstand genommen worden sein. Beide sind geständig, die falschen Eintragungen begangen zu haben, bestritten aber, sich bereichert zu haben. Sie wollten nur durch ihre Geldgeschäfte die finanzielle Lage der Schlackensteinwerke verbessern.

Auf unsere Anfrage beim Ausschussvorsitzenden Herrn Stadtrat Wege, wurde uns mitgeteilt, daß vorläufig keine näheren Auskünfte gegeben werden. Diese Art von „Auskunftserteilung“ trägt nicht dazu bei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu beruhigen.

Die Nachwahl zu den Elternbeiräten hat in der Schöneberger 18. Gemeindegemeinschaft (Tempelhofer Weg) das Ergebnis gehabt, daß von 18 Mandaten 5 auf die Liste „Schulaufbau“ und

10 auf die Liste der „Christlich-Unionistischen“ fielen. Auch hier gilt, was im „Vorwärts“ bereits über andere Bezirke gesagt wurde: Es ist bedauerlich, daß in einem vorwiegend von Arbeitern bewohnten Stadtteil den „Christlich-Unionistischen“ Reaktionen die Mehrheit der Stimmabgabe überlassen werden muß. Die Wahlbeteiligung war auch hier, wie anderwärts, nur sehr mäßig, weil weiten Kreisen der Bevölkerung noch das rechte Verständnis für die Wichtigkeit der Elternbeiratswahlen fehlt.

Hutmachen-Woche.

Der Reichsverband deutscher Hutgeschäfte veranstaltete als Auftakt seiner Werbewoche eine Propagandafahrt durch Berlin. Die Hutmacher wollen natürlich auch leben, und über den Hauptplätzen der Fabrikanten schwebt gleich einem Damoklesschwert die bange Sorge, daß die „unbeheuteten“ Sommermänner ihr unbedecktes Haupt etwa gar auch im Herbst und Winter spazierensüßeren könnten. Nun sehen sie alles daran, ihre Ware zu verkaufen an den „Mann“ zu bringen. Sehr übel wurde seitens der Veranstalter vermerkt, daß sogar bei der gestrigen Demonstration zugunsten der bedachten Haupter zwei Oppositionsgeister mit ohne Hut erschienen waren! Im Ufa-Theater sah man einen Film über die Hutfabrikation, angefangen von der eingeleiteten schmutzigen Wolle bis zum fertigen modischen Kopfschmuck. Die diesjährige Saison sieht drei Hutformen als „tonangebend“ an. Die schmale „Melone“ als gutes Stück, den „Doktorhut“, die Bedeckung für Kaufleute und ähnliche Respektspersonen und den „Famulus“. Das ist der sogenannte flotte Bibi für die „goldene Jugend“. Hauptzweck der Propaganda ist zu zeigen, daß die Hutindustrie besteht ist, inländische Erzeugnisse nach jeder Richtung hin zu vervollständigen. In nächster Zeit beabsichtigen auch andere Branchen zu gleichem Zwecke derartige Veranstaltungen zu unternehmen.

Die Haltestelle vor Haus Nr. 123.

Vor dem Häuserkomplex Königgräber Str. 124/129 befindet sich eine richtige Straßenbahnhaltestelle, aber die meisten vom Halleschen Tor kommenden Straßenbahnwagen halten erst einmal ein hübsches Weichlein vor dem Hause Königgräber Str. 123, wiewohl dort gar keine Haltestelle ist, und dann noch einmal an der richtigen Haltestelle vor den Häusern 124/129. Und jedesmal drängen die Fahrgäste zum Aussteigen, und jedesmal muß der Schaffner sagen: Vorläufig, hier ist keine Haltestelle. Dieses merkwürdige Phänomen findet schnelle Klärung: An jener Stelle befindet sich nämlich eine Weiche für das zur Röhre Straße abzweigende Gleis, und der Straßenbahnführer ist infolge des überrationalen Abbaus der Straßenbahnbeamten gezwungen, nicht nur den sehr verantwortungslosen

Dienst des Führers zu versehen, sondern auch noch den Weichenstellers. Solche Zustände herrschen in einem Weichenstellerei-Institut, das ganz genau weiß, daß täglich sich Hunderttausende seiner Fahrgäste über langsame Beförderung beschwert fühlen. Wird sich die Direktion der Berliner Straßenbahn nicht bemöhen fühlen, solchen Zuständen, die man in allen Stadtteilen feststellen kann, bald ein Ende zu bereiten? Es sind genug Arbeitslose bzw. vornehmlich abgebaute Straßenbahnangestellte da, die die notwendige Arbeit des Weichenstellers übernehmen würden. Denn der Straßenbahnführer hat den Wagen zu führen und nichts weiter. Die Straßenbahnangestellten aber täten gut, sich an die Notwendigkeit strikten gewerkschaftlichen Zusammenhanges zu erinnern, der solchen Zuständen sehr bald ein Ende bereiten würde.

Bluttat eines Einbrechers in Ahlbeck.

In dem Ostseebad Ahlbeck wurde Freitag früh gegen 4 Uhr der Besitzer des Café „Walldheim“, Wilhelm Wege, von einem Einbrecher durch drei Schüsse getötet. Der Täter hatte vor der Glasveranda auf einen Tisch zwei Stühle gestellt und war durch ein kleines Fenster in das Innere des Hauses gelangt. Der Besitzer wurde jedoch durch ein Geräusch geweckt, als sich der Einbrecher am Büfett zu schaffen machte. Als dieser sich überrascht sah, gab er auf Wege drei Schüsse ab und floh. Inzwischen war der Polizeibeamte Keffow von dem Vorfall benachrichtigt und auf dem Wege zum Tatort höchlich sah er einen Menschen sehr eilig ankommen und versuchte ihn anzuhalten. Der Flüchtling zog die Waffe und gab einen Schuß auf den Beamten ab, der ihn in die Lunge traf und schwer verletzte, so daß er ins Swinemünder Krankenhaus überführt werden mußte. Die Polizei der Gegend ist aufgeboten, um des Täters habhaft zu werden.

Neue Erkrankungs-Ziffern in Hannover.

Nach den amtlichen Mitteilungen waren bis zum heutigen Donnerstag vormittag in den städtischen Krankenhäusern Hannovers insgesamt 1414 Personen eingeliefert worden. Die Zahl der Todesfälle beträgt 40. Insgesamt sind 594 Männer, 623 Frauen und 197 Kinder von der Epidemie betroffen worden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postauflage bei.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin. Wir wollen unsere Sängergenossen nochmals darauf hin, daß die Sänger im Einvernehmen mit den Organisationsleitungen am Sonntag zur Generalkonferenz am 21. September teilnehmen, sondern sich 1/4 Uhr in Repton treffen, wie bereits im Mitteilungsblatt bekanntgegeben. Die Sängerlisten gelangen dort zur Ausgabe gegen Aufweis. Die von den Generalkonferenzen herausgegebenen Kontrollkarten können unsere Sänger ebenso dort in Empfang nehmen. Treffpunkt beim Rappenteich.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis Realität. Eine Sitzung der Bildungs-Kommission findet am Freitag (heute) abend 7 1/2 Uhr im Bureau Reichstraße 3 statt.
15. Wkt. Sonnabend abend 6 1/2 Uhr: Versammlung bei Reiter, Fürstenstraße 1. Teilnehmen aller Bezirksleiter unbedingt erforderlich.
Jugendpolitische Vereinigung Gruppe Mitte. Heute abend 8 Uhr, Schule Gipsstr. 22. Vortrag des Genossen Wolfgang Schärer über Vorkämpfer der Parteigenossen und Mitleidern geben. — Gruppe 7. Sonnabend. Der heutige Abend findet bei der Genossin Tannhäuser, Steinmetzstr.

Steebtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

128. 30. Wkt. Genosse. Sonnabend nachm. 4 Uhr findet auf dem Elisabethfriedhof, Wollankstraße, die Beisetzung der Urne des verstorbenen Genossen Wl. beim Schöner, wohnhaft Berlin, 45. statt. Reg. Beteiligung wird erwartet.

Aus der Werbewoche.

Die Metalldreher.

„Vaterländische“ Arbeitsvermittlung nach Waffengattung.

Im Rahmen der Werbewoche war vom Metallarbeiterverband zu Donnerstag nachmittag eine Branchenerammlung der Metall- und Revolverdreher und -dreherinnen einberufen worden. Der Verbandsvorstand Genosse Rahmann behandelte in seinem Vortrag „Wirtschaftskrise und Arbeiterklasse“ hauptsächlich die Wirkungen der sogenannten Rationalisierung auf die Arbeiterklasse. Er zeigte an einigen Beispielen aus der Praxis, wie die technische Umstellung der Betriebe, besonders die Einführung der Fließarbeit, von den Unternehmern nur dazu benutzt wird, mit weniger Arbeitskräften und unter schärfter Anspannung der Arbeitsleistung die Profitrate zu erhöhen, nicht aber die Produktion zu verbilligen und dadurch den Absatz zu steigern. Er legte weiter dar, warum es für die Arbeiterklasse gerade jetzt mehr denn je notwendig ist, sich fest in den freien Gewerkschaften zusammenzuschließen. Nicht nur die unausbleiblichen Kämpfe, die nach Beendigung der Krise einziehen werden, fordern eine gut organisierte Arbeiterklasse, sondern viel mehr noch die Durchsetzung des Willens, mitbestimmend an der Wirtschaftsführung überhaupt zu werden.

Eine Diskussion schloß sich dem Vortrag nicht an. Interessant waren aber andere Feststellungen, die in der Versammlung gemacht wurden. Trotzdem zehntausende Arbeitslose schon bald ein Jahr auf dem Arbeitsnachweis liegen, steht die illegale Vermittlung vaterländischer Arbeitsuchender in vollster Blüte. Man scheint diese Gesellen jetzt sogar nach Waffengattungen auf die Betriebe zu verteilen. So übernimmt ein jetzt bei Vorkampfbesitzer ehemaliger Hauptmann der Artillerie von Sch. . . . die Einstellung ihm auf Empfehlung zugehender vaterländischer Artilleristen, bei Döram müssen es ehemalige Infanteristen sein; welchen Rod man getragen haben muß, um bei der Knorr-Bremse eingestellt zu werden, wurde nicht mitgeteilt. Diese Mittelung sollte für die Betriebsräte der Ansporn sein, genauer als bisher darauf zu achten, ob Reueingestellte durch den Nachweis gekommen sind oder nicht.

Die Metalltransportarbeiter.

Die Sektion V des Deutschen Verkehrsverbundes hatte zu Donnerstag abend nach dem großen Saal des Gewerkschaftshauses eine Werbepartei für familiäre Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie einberufen. Landtagsabgeordneter Genosse Wilhelm Krüger hielt einen sehr gut angelegten Vortrag über: „Wettbewerbsfähigkeit und internationale Gewerkschaftsbewegung“, dem die Versammelten bis zum Schluß aufmerksam folgten. Der Sektionsleiter, Genosse Franke, führte anschließend daran den Erschienenen vor Augen, wie bitter notwendig gerade die Transportarbeiter der Berliner Metallindustrie die Organisation gebrauchen. Wo würden die Transportarbeiter mit ihren Löhnen wohl stehen, wenn sich nicht die Organisation so nachdrücklich dem von den Berliner Metallindustriellen in diesem Jahre mehrmals geforderten Lohnabbau widersetzt hätte. Trotzdem stehen sie in der Mehrzahl der Organisation fern. Sie bedenken nicht, daß ihr Lohn wesentlich besser sein könnte, wenn sie durch einen festeren Zusammenschluß den Verhandlungen mit den Unternehmern mehr Nachdruck verleihen könnten. Die Erfolge, die die Sektion in den 25 Jahren ihres Bestehens erzielt hat, sind unbestritten. Der Lohn ist von 25 und 27 Pfennigen im Jahre 1901 bis heute auf 64 und 66 Pfennige erhöht worden. Mit 163 Mitgliedern wurde die Sektion 1901 geschaffen, heute sind es etwa 5000. Im Jahre 1922 waren es aber schon einmal 22 000. Diese Unbeständigkeit, die grundlos der Organisation den Rücken kehren, gilt es wieder heranzuholen. Einem BSWA kann nur eine starke Organisation Zugeständnisse abringen. Sie zu schaffen, muß Aufgabe der nächsten Zukunft sein. Mit der Aufforderung, auch nach der Werbewoche noch weiter zu werben, schloß die gut verlaufene Versammlung.

